



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Berichts Antrag Fraktion der Freien Demokraten Insolvenz des Flughafens Hahn

(HHA)

Am 19.10 wurde publik, dass der Flughafen Frankfurt-Hahn Insolvenz angemeldet hat. Das Land Hessen ist als Eigentümer mit 17,5% beteiligt. Im Jahr 2009 ist die Hessische Landesregierung aus strategischen Gründen eingestiegen, um den Flughafenverbund in seiner Ausrichtung und seinen Möglichkeiten zu stärken. Die Freien Demokraten haben bereits in 2015 den Verkauf der Anteile beantragt (Drucksache 19/ 1483). Während Rheinland-Pfalz seine Anteile 2017 verkauft hat, wurden in Hessen unter Bemühungen des damaligen hessischen Finanzministers die Verkaufsverhandlungen aus nachvollziehbaren Gründen abgebrochen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

Fragen:

1. Welcher finanzielle Schaden sowie welche allgemeinen Konsequenzen ergeben sich für das Land Hessen aus der Insolvenz?
2. Als Anteilseigner muss die Hessische Landesregierung über die drohende Insolvenz frühzeitig informiert worden sein. Wann genau wurde die Landesregierung über die drohende Insolvenz unterrichtet?
3. Warum hat der Finanzminister (bzw. das zuständige Gremium) nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt im HHA über eine "drohende Insolvenz" berichtet?
4. Warum hat die Landesregierung nach Abbruch der Verkaufsverhandlungen 2017 nicht weitere Aktivitäten zum Verkauf der Anteile entwickelt?
5. Welchen geschätzten Verkaufspreis hatten die Anteile des Landes Hessen im Jahre 2017?
6. Inwiefern kann der operative Betrieb trotz Insolvenz weitergeführt werden? Gibt es Indizien, dass ein ausreichendes Geschäft vorhanden ist, um den operativen Betrieb auch in Zukunft weiterzuführen? Wie sind die Pläne der Landesregierung?
7. Unter anderem berichtete die *Süddeutsche Zeitung* bereits Ende Januar 2021, dass der Mischkonzern HNA als Hauptanteilseigner des Flughafens anstehende Verbindlichkeiten nicht bedienen konnte. Chinesische Gläubiger hatten zudem laut der *Süddeutschen Zeitung* ein Insolvenzverfahren und die Neuausrichtung des Unternehmens beantragt. Wie hat die Landesregierung reagiert und welche Schritte hat die Landesregierung seitdem unternommen?

Wiesbaden, 20. Oktober 2021



René Rock
Fraktionsvorsitzender